

Die Politische Kultur der Republik Makedonien – Bestandsaufnahme und Prognosen

Executive Summary

The political culture of a society represents an essential indicator for the stability of the political system. A successful democratization requires the establishment of democratic structures and democratic citizen's orientations to sustain them.

This paper delves into the political culture of Macedonia, a former Yugoslavian republic that has been struggling for the last 16 years with the transformation to a democratic state. This process is slowed down by a variety of factors, but the main challenge is the ethnic division of the society that can be felt in the areas of public and private life.

The political culture in Macedonia is characterized by apathy and mistrust towards the state institutions and the potentially mediating structures as the political parties, the NGO-sector or the media, whereas the Albanians express even more passive orientations toward the state. Regarding the origins of the political culture and its different characteristics in Macedonia the long lasting authoritative forms of government, the unsimultaneous modernization process and the current performance of the Macedonian government are emphasized.

Before the Macedonian society can create a political culture that is characterized by participation, political awareness and communication, there have to happen some basic changes in the society it self. What is required is a process by which the Albanians and ethnic Macedonians create a common political identity that is considered more important than their ethnic origin.

Sina Gasde

Skopje, 22. Mai 2007

Inhalt

0) Zur Problemstellung	3
1) Das Konzept der politischen Kultur	4
2) Makedonien – eine kurze Einführung	5
3) Die politische Kultur in Makedonien	6
3.1) Einstellungen, Werte, Handlungsmuster in der makedonischen Gesellschaft	6
a) Generelle Einschätzung der Leistungsfähigkeit und –stärke des Staates	6
b) Selbstwahrnehmung und Partizipation der Bürger im politischen System	7
3.2) Empfindungen gegenüber dem Staat und der Nation	8
4) Zwei Teilgesellschaften- Zwei politische Kulturen?	11
5) Folgen und Prognosen für die Zukunft des Makedonischen Staates	12

0) Zur Problemstellung

Die politische Kultur einer Gesellschaft verrät uns, inwieweit die institutionell gegebenen Strukturen und Verfahren eines Staates mit den Einstellungen und Handlungsweisen seiner Bürger in Einklang stehen. Die Kongruenz zwischen Kultur und Struktur ist ausschlaggebend für die dauerhafte Stabilität des politischen Systems. Da das Verhältnis von Bürger und Staat nicht nur auf der Bewertung aktueller Gegebenheiten im Land basiert, sondern vornehmlich aus dem Verarbeiten vergangener Staatsorganisationsformen, politischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Ereignisse gespeist wird, ist es nicht selten, dass die politische Kultur den aktuellen Entwicklungen hinter her hinkt. Besonders in einem Land, das sich, wie die Republik Makedonien, im politischen wie gesellschaftlichen Wandel befindet, kann dieser Fakt das politische System destabilisieren.

Im ersten Kapitel wird ein Einblick in den hier verwendeten sozialwissenschaftlichen Ansatz zur Analyse der politischen Kultur gegeben und besprochen, welche Bedeutung die politische Kultur einer Gesellschaft für die dauerhafte Stabilität des politischen Systems hat.

Nachdem der Leser im zweiten Kapitel eine kurze Einführung über das Land erhält, wird im dritten Kapitel die politische Kultur Makedoniens auf der Basis von statistischen Untersuchungen beschrieben. Nachstehend wird mit Hilfe eines historisch-hermeneutischen Ansatzes erläutert, wie sich die heute vorliegenden Denk- und Handlungsweisen durch die in den vergangenen Jahrhunderten existierenden Gesellschafts- und Staatsformen erklären lassen.

Makedonien ist kein leichtes Feld für die Untersuchung der politischen Kultur, da sich im Land entlang einer ethnischen Trennlinie zwischen der Titularnation, den ethnischen Makedoniern, und den Albanern, als zweitgrößter Bevölkerungsgruppe, zwei Teilgesellschaften herausgebildet haben, die unterschiedliche politische Einstellungen aufweisen. Es wird festgestellt, dass sich die Gesellschaft Makedoniens vom Staat entfremdet hat und mit Misstrauen und Zurückhaltung auf die politische Entwicklung des Landes blickt, wobei diese passiv ausgerichteten und pessimistischen Ansichten bei den Albanern noch stärker ausgeprägt sind.

Als Ursache dafür werden die lang andauernde Erfahrung mit autoritären Staatsformen und eine die ethnischen Makedonier und Albaner ungleichzeitig erfassende Modernisierung angeführt. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die politische Kultur in Makedonien aufzeigt, wie fragil das Verhältnis zwischen Bürger und Staat und damit die Idee der dauerhaft legitimierten Demokratisierung Makedoniens ist.

1) Das Konzept der Politischen Kultur

Der Begriff der politischen Kultur wird vor allem im deutschen Sprachraum beliebig und oft mit einem moralischen Unterton verwendet. In den Sozialwissenschaften ist der Ansatz an die angelsächsische Variante eines umfassenden und wertneutralen Kulturbegriffes angelehnt und bezieht sich auf die subjektiven Komponenten der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme.

Die Kernfrage der politischen Kultur war immer die nach den psycho-sozialen Bedingungen politischer Stabilität in liberaldemokratischen Systemen. Bereits in den 60ern untersuchten Gabriel A. Almond und Sydney Verba in einer Studie die politischen Grundüberzeugungen, Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster in Mexiko, Italien, England, Deutschland und den USA (Almond/ Verba, 1963). Entlang eines Fragenkataloges wurden die kognitiven, emotionalen und evaluativen Komponenten politischer Bewusstseinslagen, Mentalitäten, Denk- und Verhaltensweisen erforscht.

Als Ursache für die Instabilität vieler Demokratien wurde das Phänomen identifiziert, dass zwar in vielen Ländern ein formal demokratisches System existiert, die entsprechenden politischen Rollen und Kanäle jedoch nicht von den Staatsbürgern interpretiert oder genutzt werden.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung reichen nicht aus, einen Staat dauerhaft zu demokratisieren. Notwendig sind demokratisch denkende und handelnde Bürger.

Politische Kultur ist sowohl regional als auch historisch geprägt. Wirtschaftliche Verhältnisse wie geografische Bedingungen spielen eine Rolle. Weiterhin ist entscheidend, in welcher Form vergangene Staatsorganisationsformen, institutionelle Verhältnisse und Obrigkeitsverhältnisse die Mentalität der Region prägten. Zudem beeinflussen kollektive Schlüsselereignisse, wie Naturkatastrophen, Okkupationsherrschaften oder Kriege und die Tatsache, wie diese durch die Bevölkerung verarbeitet und bewältigt wurden, die politischen Einstellungen.

Die politische Kultur als Gesamtheit von politischen Einstellungen, Werten und Handlungsmustern stellt somit für die aktuelle Entwicklung einer Gesellschaft und ihr Verhältnis zum Staat einen politischen Orientierungsrahmen für Denken, Handeln und Werte dar.

Zur Destabilisierung des politischen Systems kann es kommen, wenn die bestehende politische Kultur, die aktuelle politische Entwicklung und die gegebenen Strukturen einander nicht mehr entsprechen.

Es gibt verschiedene Herangehensweisen die Elemente politischer Kultur zu untersuchen.

Konkrete Fragestellungen lauten: Welchen Einfluss hat das politische System auf das Leben des

Individuums? Wie wird dieser Einfluss bewertet? In welchem Maße und über welche Kanäle folgen die Bürger den politischen Ereignissen im Land? Wie werden Informationen über den politischen Entscheidungsprozess aufgenommen und bewertet? Welche Rolle schreiben die Bürger sich selbst zu? Inwiefern nehmen sie sich selbst als Staatsbürger mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten wahr? Was empfinden die Bürger gegenüber ihrem Staat, der Nation und dem politischen System?

In diesem Beitrag wird die politische Kultur Makedoniens als ein integratives Konzept aus statistischen Untersuchungen über die Einstellungen der Gesellschaft gegenüber dem Staat und seinen Institutionen der letzten Jahre und historisch-hermeneutischen Überlegungen über die Region verstanden. Dem vorliegenden Text liegen statistische Analysen der Schriftenreihe Early Warning Reports des United Nations Development Programms seit 2003 zu Grunde. Im Vorfeld wurden außerdem Experten-Interviews geführt, deren Erkenntnisse die Analyse der Daten abrunden.

Dieser Ansatz macht es möglich, die Vielseitigkeit der Einflussfaktoren zu erfassen, ein umfangreiches Bild zu reflektieren und Prognosen für die Stabilität des politischen Systems des makedonischen Staates zu treffen.

2) Makedonien – eine kurze Einführung

Das moderne Makedonien schaut auf eine Geschichte zurück, die von Fremdherrschaft und Konkurrenz um sein Territorium und die Identität der multiethnischen Bevölkerung geprägt war. Bis 1913 war Makedonien integraler Bestandteil des Osmanischen Reichs und wurde danach territorial an die Nachbarstaaten Serbien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt. Erst 1944 sprach Tito den Makedoniern einen eigenen Staat unter dem Dach der jugoslawischen Föderation zu, von der sich Makedonien 1991 ohne gewaltsame Auseinandersetzung unabhängig erklären konnte (Hadschikjan/ Troebst, 1999).

Besonders ist also Makedoniens geopolitische Lage. Umringt von Nachbarstaaten, die entweder die Nation, Sprache oder Identität nicht anerkennen, ergibt sich eine latente Defensivhaltung der Makedonier. Hinzu kommt die ungeklärte und instabile Lage des im Norden angrenzenden Kosovo, dessen Zukunft einen nachhaltigen Einfluss auf die politische Stabilität Makedoniens haben wird.

Seit seiner Unabhängigkeitserklärung befindet sich Makedonien mit Hilfe massiver internationaler politischer Begleitung und finanzieller Unterstützung in der Transformation zu einem demokratisch legitimierten und funktionierendem Staat. Vordergründig erschwert die

multiethnische und demografisch instabile Bevölkerungs-Struktur die politische Stabilisierung des Staates. Nachdem Makedonien in den 90er Jahren international als Musterbeispiel multiethnischen Zusammenlebens galt, kam es 2001 zu einem gewaltsamen Konflikt zwischen Sicherheitskräften und albanischen Rebellen. Das zur Beilegung verabschiedete Ohrid Abkommen hat das Ziel, die Organisation des öffentlichen Lebens im makedonischen Staat an die demografischen Gegebenheiten anzupassen und damit die Situation zu entschärfen.

Hinzu kommt, dass sich die makedonische Bevölkerung mit einer schwierigen ökonomischen Situation konfrontiert sieht. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 37 %, real, d.h. durch Aktivitäten in der Schattenwirtschaft bei ca. 20 %. Dies und die für die Erwerbstätigen gering ausfallenden Löhne bedingen ein hohes Maß an Armut und Perspektivlosigkeit.

Im wirtschaftlichen wie politischen Transformationsprozess steht das Land also vor verschiedenen Herausforderungen. Wie steht es nun um die gesellschaftlichen Voraussetzungen?

3) Die politische Kultur in Makedonien

Um die politische Kultur einer Gesellschaft zu erfassen, werden sowohl die politischen Einstellungen der Bürger, hier Erkenntnisse, Gefühle und Wertvorstellungen gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren als auch gegenüber sich selbst als Teil des Systems untersucht.

3.1) Einstellungen, Werte, Handlungsmuster in der makedonischen Gesellschaft

a) Generelle Einschätzung der Leistungsfähigkeit und –stärke des Staates:

Die große Mehrheit der Makedonier ist enttäuscht von den politischen wie ökonomischen Ergebnissen der bisherigen Regierungsarbeit. Betrachtet man die vorliegenden Umfrageergebnisse der Early Warning Reports, ist festzustellen, dass die generelle Bewertung des Staates und seines Handelns in den letzten Jahren stark schwankte, im Jahr 2001 erreichte die Anzahl der über den Staat und sein Handeln enttäuschten Bürger ihren Höhepunkt bei über 70 %. Nur die Hälfte der ethnischen Makedonier zieht Ende des Jahres 2006 eine optimistische Bilanz. 46,4 % der ethnischen Makedonier sehen das Land in die richtige Richtung gehen. Nur 30% der Albaner äußern eine positive Einschätzung über den makedonischen Staat und sein Handeln.

Der makedonische Staat, seine Institutionen und Akteure befinden sich gegenüber dem Bürger in einem Misstrauensverhältnis. Das nach dem Ende des Konflikts 2001 relativ hohe Vertrauen der Makedonier sank im Verlauf der folgenden Jahre und nähert sich nur langsam wieder an die früheren Zahlen an. Offensichtlich ist, dass das Vertrauen der ethnischen Makedonier zum Staat

im Vergleich zu den Albanern etwas größer ist. Deren Vertrauen ist wiederum seit der Verabschiedung des Ohrid-Abkommens gestiegen, die Anzahl der bisher versäumten oder nicht vollständig eingeleiteten Schritte bei der Umsetzung des Abkommens erschwert es dem albanischen Bevölkerungsteil aber wiederum, dem makedonischen Staat dauerhaft Vertrauen gegenüber zu bringen. In die Parteien oder jeweiligen Koalitionen an der Macht wird mehr Hoffnung als in die staatlichen Institutionen gesetzt.

Für die Legitimierung des politischen Systems ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die mediale Berichterstattung enorm wichtig. Medien erfüllen in einer Demokratie die verschiedensten Aufgaben. Durch die Verarbeitung der von den Medien bereitgestellten Informationen über die gesellschaftlichen Entwicklungen und die von den politischen Eliten getroffenen Entscheidungen können sich die Bürger eine Meinung bilden und politische Orientierungen entwickeln. Nach 1991 hat sich in Makedonien eine Vielzahl von Rundfunk- und Printmedien herausgebildet. Das Vertrauen der Bevölkerung in sie bleibt seit Jahren jedoch konstant niedrig. Um Meinungen und Orientierungen zu entwickeln, sind brauchbare und glaubwürdige Informationen notwendig. In Makedonien werden die Informationen durch die Medien ethnisch wie politisch gefiltert. So halten heute mehr als 60% der Makedonier die Berichterstattung über interethnische Fragen, politische Entwicklungen und Korruption für weder objektiv noch zutreffend.

b) Selbstwahrnehmung und Partizipation der Bürger im politischen System

Ob sich die Bürger politische Kompetenz, d.h. Einfluss auf den politischen Entscheidungsbildungsprozess, zugestehen, lässt sich gut an ihrer Partizipationsbereitschaft ablesen. Ein Indikator dafür ist die Wahlbeteiligung der vergangenen Jahre. Während sich bei den Parlamentswahlen 1998 und 2002 noch über 70 % der Gesamtbevölkerung beteiligten, waren es im vergangenen Jahr nur 56 %. Die Wahlbeteiligung des albanischen Bevölkerungsteils lag unter 50%. Aufschluss gibt auch die Partizipationsbereitschaft der Bürger an öffentlichen Aktionen, wie Demonstrationen oder Streiks. Gegen politische Institutionen würden 19,7 % der ethnischen Makedonier und 36,9 % der Albaner in Makedonien demonstrieren. An Streiks würden sich nur 27,2 % der beiden Bevölkerungsgruppen beteiligen. 42,2 % der Befragten würden nie an öffentlichen Protesten teilnehmen, der Aufforderung durch die Stammpartei oder einen ethnischen Führer zu politischem Protest würden weniger als 6 % folgen. Auch das Vertrauen in Bürgerinitiativen ist auf beiden Seiten gering und beträgt insgesamt 28,2 %. Ein Grossteil der Bürger Makedoniens sieht sich also weder durch die Stimmabgabe bei Wahlen noch durch zivilgesellschaftliches Engagement in der Lage, den politischen Prozess im Land zu beeinflussen.

3.2) Empfindungen gegenüber dem Staat und der Nation

Gemäß von Untersuchungsergebnissen des Jahres 2006 fühlen sich 93,4 % der ethnischen Makedonier immer als Bürger ihres Staates, 98,3 % lieben ihr Land. In der albanischen Bevölkerung sehen sich 78,1 als Bürger des makedonischen Staates. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Ebenso steht es um die patriotischen Gefühle der Albaner. 87,7 % lieben das Land Makedonien.

Zu erwähnen ist, dass die ethnischen Makedonier ein latentes Bedrohungsgefühl entwickelt haben. Dies geht einerseits von der Nichtanerkennung ihrer Nation, des Staatsnamens oder der Identität durch die Nachbarstaaten aus (Roudometof, 2001: 145) und ist andererseits der allgemein instabilen Lage der Region geschuldet. Ein weiterer Fakt ist die demografische Instabilität im Land, welche die ethnischen Makedonier befürchten lässt, dass die Albaner in Zukunft die Bevölkerungsmehrheit im Land stellen und damit mehr politischen Einfluss fordern werden.

Um so mehr stecken die Makedonier im Moment ihre Hoffnungen in eine zukünftige Integration in die Europäische Union und die NATO, würden diese Mitgliedschaften doch den makedonischen Staat dauerhaft erhalten. Dass eine zukünftige EU-Mitgliedschaft das Land und das Leben der Bevölkerung positiv beeinflussen wird, ist Mehrheitsgedanke.

4) Ursachen und Hintergrund

Die politische Kultur der makedonischen Gesellschaft hat vielschichtige Ursachen und spiegelt die Bewältigung und Verarbeitung vergangener und aktueller politischer und sozio-ökonomischer Ereignisse wider. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich Staat und Bürger in Makedonien in einem stark entfremdeten Verhältnis gegenüber stehen.

Sozio-ökonomische Ursachen

Die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Staat hängt offensichtlich mit den weiterhin schwierigen Lebensbedingungen im Land zusammen. Der Niedergang der Wirtschaft in den 90ern hat zu einer Verarmung breiter Teile der Bevölkerung geführt.

Viele Bürger haben einen niedrigeren Lebensstandard als vor 15 Jahren. Mirjana Maleska betont, dass bei Ausbleiben spürbarer Initiativen von Seiten der Politik für die notwendige Veränderung dieses Zustandes leicht der Eindruck entstehen kann, die Eliten regierten an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vorbei. Zur Entfremdung vom Staat trägt auch bei, dass sich viele Bürger parallel zum legalen vom Staat gesetzten Wirtschaftsrahmen betätigen und damit unabhängig versorgen.

Das Staats- und Demokratieverständnis der Makedonier

Blicken wir auf das Verhältnis der Bürger zum Staat und ihr Staatsverständnis, dass sich im Laufe der letzten Jahrhunderte als Resultat der verschiedenen Staatsorganisationsformen herausgebildet hat und der Gesellschaft heute als Orientierungsrahmen für politisches Denken und Handeln zur Verfügung steht.

Seit dem 4. Jh. v. Chr. war Makedonien nicht mehr unabhängig, unterstand erst Byzanz und später bis 1913 dem Osmanischen Reich und damit auch einem fremden Staats- und Verwaltungsapparat. Das Osmanische Reich hatte einen universellen und autoritären Herrschaftsanspruch. Eine strenge Hierarchie und klientelistische Machtbeziehungen prägten den Staat und den gesamten öffentlichen Sektor.

Nach dem 1. und 2. Balkankrieg wurde Makedoniens Territorium an Griechenland, Serbien und Bulgarien aufgeteilt und unterlag wiederum fremden Vorstellungen von politischer Macht und der Organisation eines Staates.

Während die meisten Balkanländer Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts die Unabhängigkeit erlangt hatten, erreichte Makedonien dies erst gegen Ende des 2. Weltkrieges, und unterstand fortan als Republik Makedonien der Jugoslawischen Föderation. Staatlichkeit konnte in Makedonien also nie von unten aus dem Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnis einer Gesellschaft hervor gehen, sondern wurde von fremden übergeordneten Instanzen geschaffen. Die Idee eines Staates, der zwar das Gewaltmonopol, aber eben auch eine dienende und schützende Funktion für die Bevölkerung inne hat, konnte sich nicht verfestigen. Hinzu kommt, dass Makedonien vor 1991 keine Erfahrungen als funktionsfähiges demokratisches System gesammelt hatte. Die autoritäre Staatsführung im Osmanischen Reich wurde im sozialistischen Jugoslawien weitergeführt. Auch Biljana Vankovska meint im Gespräch, dass die Menschen in dieser Zeit zwar stärker politisch mobilisiert wurden, aber auch dies durch staatlich geschaffene Kanäle geschah und elitären Machtinteressen diene. Weder konnten ein pluralistisches Meinungsbild noch die Bereitschaft zu Partizipation im politischen Meinungsbildungsprozess entstehen. Entscheidend für die Legitimität des Staates waren seine Leistungsfähigkeit hinsichtlich wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Stabilität.

Auch der gesellschaftliche Wandel Ende der 80er Jahre ging von der Spitze des Systems aus. Zivilgesellschaftliche oder politische Interessengruppen spielten im Transformationsprozess keine Rolle.

Die 1991 eingeführte parlamentarische Demokratie ist nun geprägt durch Verteilungskämpfe innerhalb der politischen Elite, durch Korruption und Klientelismus, Wahlmanipulationen und

andere Unregelmäßigkeiten. Demokratisches Regieren ist in Makedonien eine elitäre Veranstaltung geblieben und wird in der Frage der Lösung ethnischer Konflikte ganz nach jugoslawischem Muster gehandhabt. Um ethnische Spannungen unter der Gewaltschwelle zu halten wurde unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft ein den ethnischen Proporz widerspiegelndes Machtteilungsprinzip eingeführt, nach dem die Eliten die politischen Interessensphären unter sich aufteilten. Die Elitenkooperation führte aber weder zu einer Entspannung der ethnischen Beziehungen im Land noch verbesserte sie das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat. Die Eliten ihrerseits profitieren von der Passivität der Bevölkerung und unternehmen keine Anstrengungen das Interesse am politischen Prozess zu wecken. Ein Beispiel dafür ist der Umgang der Regierung mit einem Referendum gegen die Verabschiedung einer Gebietsreform im Jahr 2004. Der Entscheidungsprozess lief hinter verschlossenen Türen und ohne Informationen für die Bevölkerung ab. Die internationale Gemeinschaft sah im Referendum eine Gefahr für das Ohrider Rahmenabkommen. Die Teilnahme am Referendum war also offiziell unerwünscht (Hristova, 2005: 21).

Die Rolle der Internationale Gemeinschaft in Makedonien wird zwiespältig diskutiert. Die umfangreiche finanzielle wie ideelle Begleitung des Transformationsprozesses durch internationale Institutionen war zu oft darauf fokussiert für regionale Stabilität zu sorgen anstatt eine dauerhafte, in der Gesellschaft entspringende Demokratisierungsstrategie zu fördern und ethnische Konfliktlinien aufzuweichen.

Das Nationalgefühl der Makedonier

Trotzdem der widrigen Umstände hat sich in Makedonien ein ausgeprägtes Nationalgefühl entwickelt.

Die Anfänge des Makedonismus werden im Jahr 1860 gesehen (Rossos, 2003: 141). Die Makedonier beginnen sich und ihr Territorium mit dem Namen zu identifizieren. Aber erst 1944, mit der Schaffung der Republik und der Eingliederung in die jugoslawische Föderation, fand diese Idee einen offiziellen Rückhalt. Die Makedonier galten nun als eigenständige Nation mit eigener Sprache und Nationalgeschichte. Unter Tito wurde Nationalismus von oben gefördert, um sich mit dieser „halbseidenen“ Autonomie der zur Föderation gehörenden Staaten die Loyalität der Bürger zu sichern.

Hinzu kam, dass wichtige Aspekte staatlicher Souveränität von den Nachbarländern in Frage gestellt wurden, und ein ausgeprägtes Nationalgefühl als Defensive wichtig war. Außen- und innenpolitische Krisen führten dazu, dass die Systemmitglieder die politische Herrschaft auf dem Feld des Nationalismus legitimierten.

Heute sehen sich die Makedonier einem zwiespältigen Geschichtsbewusstsein in Bezug auf das antike Makedonien ausgesetzt. Um nationale Größe und ethnische Kontinuität zu demonstrieren, greifen Politiker gerne Jahrhunderte zurückliegende potentiell identitätsstiftende Ereignisse auf..

Die albanischen Makedonier

Über die Ursachen der unterschiedlichen politischen Kultur von ethnischen Makedoniern und Albanern gibt es zwei Erklärungsansätze. Die einen verankern die kulturellen Differenzen in den verschiedenen religiösen und ethnischen Wurzeln und beschreiben die Gegensätze als unüberwindbar. An dieser Stelle wird oft auf überhebliche und kaum haltbare Klischees zurück gegriffen, die den Albanern die Fähigkeit zur Teilnahme an einem demokratisch organisierten Staat absprechen.

Die Entfremdung von Albanern und Makedoniern kann jedoch auch über Prozesse des sozialen Wandels im letzten Jahrhundert erklärt werden. Nach dem 2. Weltkrieg wurden in Jugoslawien massive Modernisierungsanstrengungen unternommen. Urbanisierung und Industrialisierung erfassten die ethnischen Makedonier früher und stärker als die Albaner und ließen soziokulturelle Unterschiede in Bezug auf familiäre Organisationsformen, Bildungsniveau und symbolische Ordnungen entstehen. Hinzu kam, dass sich der von oben induzierte Prozess der Nationenbildung auf die Titularnation der ethnischen Makedonier bezog und den albanischen Bevölkerungsteil weitestgehend außen vor ließ (Voss, 2005: 62).

Der ungleichzeitige Modernisierungsprozess führte zu unterschiedlichen Lebensweisen und einer fortschreitenden gesellschaftlichen wie territorialen Trennung. Augenscheinlich wurde diese Entwicklung in der sinkenden Anzahl von Mischehen, der Tendenz zu homogenen Siedlungsgebieten, der marginalen Repräsentation von Albanern in staatlichen Institutionen und ihrem weitgehenden Ausschluss aus dem öffentlichen Sektor. Die Albaner lebten abgetrennt vom öffentlichen Leben, wurden sozial benachteiligt und seit 1980 offen durch die makedonische Republikführung diskriminiert und repressiert. Am Beginn der 90er Jahre kam es zu einer totalen Verweigerungshaltung der Albaner gegenüber dem Staat, 2001 zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen albanischen Aufständischen und makedonischen Sicherheitskräften. Mit Unterstützung der EU und NATO konnten sich die Konfliktparteien auf das Ohrid Rahmenabkommen einigen, das die Verteilung von Macht, Personal und Mitteln im öffentlichen Raum neu regelte. Das brachte Hoffnungen für die Albaner, die fehlende vollständige Implementierung jedoch neue Enttäuschung. Iso Rusi betonte hier im geführten Interview, dass das Ohrid-Abkommen die Albaner dem Staat und seinen Institutionen näher brachte, die Makedonier die Reformen jedoch als schmerzlichen Verlust ihrer Exklusivität gegenüber dem Staat empfinden. Diese verstärkte

Partizipation der Albaner hatte außerdem keine Auswirkungen auf ihre politische Kultur, denn ethnische Quoten waren und sind entscheidend. Es bleibt ein Gefühl des Ausgeschlossenenseins und der stark eingeschränkten politischen, gewaltfreien Möglichkeiten, dies zu ändern. Die Isolation vom Staat wurde von den Albanern mit der Etablierung alternativer Versorgungsformen beantwortet und mündete in die heute feststellbare apathische politische Kultur.

4) Zwei Teilgesellschaften- Zwei politische Kulturen?

Die politische Kultur in Makedonien zu erfassen, ist ein schwieriges Unterfangen. Zu ungleich werten die ethnischen Makedonier und Albaner ihre Einstellungen und Empfindungen gegenüber der Nation, dem Staat, seinen Institutionen und ihre Rolle im politischen System.

Generell lässt sich sagen, dass die Gesellschaft die bisherige Entwicklung des politischen Systems als nicht zufriedenstellend einschätzt und pessimistisch in die Zukunft schaut. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist gering. Die staatlich institutionalisierten und zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten werden wenig genutzt.

In Anlehnung an Almond und Verba ist Makedonien dem Typ der *subject political culture* zuzuordnen. Dieser Typ konzentriert sich im Verhältnis zum Staat und politischen System auf die Leistungen die von den Institutionen erbracht werden. Dabei wird weniger Aufmerksamkeit auf die Eingabe von Forderungen oder Bedürfnissen in das politische System gelegt. Makedonien zeichnet sich heute durch eine ethnische Teilung der Gesellschaft aus. Aber auch strukturelle Unterschiede innerhalb der Bevölkerung führen dazu, dass es in Makedonien keine einheitliche politische Kultur gibt. Modernisierungsrückstand und langfristige Exklusion vom makedonischen Staat, von Partizipationsmöglichkeiten und Leistungen, haben dazu geführt, dass der nicht urbanisierte, größtenteils albanische Teil einer *parochialen politischen Kultur* zuzurechnen ist. In diesem Fall versprechen sich die Bürger nicht viel vom staatlichen Handeln oder politischen Entwicklungen. Traditionelle Autoritäten stehen über dem staatlichen Gewaltmonopol. Während der Staat in einer *subject political culture* als legitim oder auch nicht bewertet wird, fehlen in letzterer politische Einstellungen oder Meinungen fast völlig.

5) Folgen und Prognosen für den Makedonischen Staat

Im vorliegenden Text wird festgestellt, dass sich in Makedonien eine politische Kultur herausgebildet hat, die von Apathie und Resignation der Bürger gegenüber dem Staat geprägt ist. Die fehlende Rückkopplung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und politischen Entscheidungen und die damit steigende Unzufriedenheit führen dazu, dass der Staat gegenüber

den von ihm Beherrschten an Legitimation verliert.

In autoritären Herrschaften wird die politische Macht durch den Ausschluss breiter Bevölkerungsschichten gewahrt. In demokratisch organisierten Systemen soll die politische Herrschaft dadurch legitimiert werden, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Dafür müssen dem Bürger Möglichkeiten gegeben werden, sich am politischen Entscheidungsbildungsprozess zu beteiligen. Die wiederum müssen diese Strukturen nutzen.

Aber was muss gegeben sein, damit demokratische Institutionen und Verfahrensweisen in den Köpfen der makedonischen Bürger Wurzeln schlagen können?

Für alle Staaten des ehemaligen Jugoslawiens gilt, dass durch die Auflösung der Sowjetunion und der jugoslawischen Föderation, die Alternativoption eines autoritären Regimes delegitimiert wurde. Ziel war es, sich dem westlichen Systemtyp und damit dem materiellen Wohlstandsniveau dieser Länder anzugleichen. Die Europäische Union übernahm die Funktion eines Leitbildes und begleitete von nun an den Transformationsprozess. In Makedonien waren jedoch einige der wichtigen Schlüsselfaktoren für eine dauerhaft erfolgreiche Demokratisierung nicht gegeben. So wurde der Systemwechsel von keiner breiten Zivilgesellschaft mitgetragen (Willemsen, 2006: 116) und in den ersten demokratischen Wahlen setzten sich gegenüber den Reformkräften noch die alten Eliten durch. Größtes Problem war und bleibt aber die ethnische Heterogenität der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die entlang ethnischer Linien geteilt ist, destabilisiert das politische System auf Dauer. Die politische wie gesellschaftliche Transformation kann nicht erfolgreich sein, wenn die Bürger dem Staat auf der Basis ethnischer Gesichtspunkte und nicht als Staatsbürger gegenübertreten.

Seit 2001 wird Makedonien entlang eines Machtteilungsprinzip zwischen den ethnischen Eliten regiert. Vordergründiges Ziel ist es, die unsichere politische Konfliktsituation zu entspannen und in der weiteren Entwicklung zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die das elitäre Modell aufweichen und langfristig eine von unten gestützte Demokratisierung nach sich ziehen. Dieses Konzept könnte jedoch daran scheitern, dass, wie Rizvan Sulejmani im Interview unterstrich, die demografische Instabilität im Land neue Verteilungskonflikte zwischen Albanern und ethnischen Makedoniern aufbrechen lassen kann und folglich die Beteiligung der Zivilbevölkerung weiter in die Ferne rückt.

Zukünftig gilt, dass sich in Makedonien ein demokratischer Staat, mit dem sich die Bürger identifizieren, nur dauerhaft etablieren kann, wenn der politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess von politischen Einsichten und Ideen getragen wird, die unabhängig von ethnischen Zugehörigkeiten entstehen.

Diese Entwicklung braucht Zeit, aber vor allem politischen Willen auf allen Seiten.

Literaturverzeichnis

Almond, Gabriel A./ Verba, Sydney (1989): *The Civic Culture – Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Newbury Park, Sage Publications, 1. Auflage, 1963.

Willemsen, Heinz (2006): *Die politische Kultur Makedoniens – Chance oder Hemmnis bei der Überwindung der Staats- und Systemkrise*, in: Mosser, A. (Hrsg.): *Politische Kultur in Südosteuropa – Identitäten, Loyalitäten, Solidaritäten*, Frankfurt am Main, Peter Lang GmbH, S. 111-134.

Rossos, A. (2003): *The Macedonian Question and Instability in the Balkans*, in: Naimark, Norman.M./ Case, Holly (Hrsg.): *Yugoslavia and Its Historians – Understanding the Balkan Wars of the 1990s*, Stanford, Stanford University Press, 2003, S. 140-159.

Hatschikjan, Magarditsch/Troebst, Stefan (1999): *Südosteuropa- Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur - Ein Handbuch*, München, C.H. Beck.

Roudometof, Victor (2001): *Nationalism, Globalization, and Orthodoxy – The Social Origins of Ethnic Conflict in the Balkans*, Westport, Greenwood Press, S. 131-156.

Voss, Christian (2005): *Makedonische Identitäten und die Parameter Sprache, Ethnos und Nation*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 2/2005 (45. Jahrgang), S. 52-65.

Hristova, Lidija (2005): *Democratic Consolidation of Divided Societies – The Macedonian Case*, in: *New Balkan Politics* 9/2005, S. 14-23.

UNDP: *Early Warning Reports 2003-2006, Macedonia*
<http://www.undp.org.mk/default.asp?where=publications>.

Weitere Quellen

Interviews mit:

Biljana Vankovska, Universität Skopje, am 23.04.2007

Iso Rusi, freier Journalist, am 10.04.2007

Mirjana Maleska, Universität Skopje, am 17.04.2007

Rizvan Sulejmani, ehemaliger Minister für Verteidigung und kommunale Selbstverwaltung, am 23.04.2007